

Bremen

Kurzportrait			
Größe:	404 km ²		
Landesregierung:	1987–1991: SPD · 1991–1995: SPD/FDP/Die Grünen · 1995–1999: SPD/CDU · 1999–2003: SPD/CDU · 2003–2007: SPD/CDU		
	1998	2001	2004
Einwohner:	0,674 Mio.	0,660 Mio.	0,663 Mio.
Einwohnerdichte:	1 667 je km ²	1 633 je km ²	1640 je km ²
Registrierte Arbeitslosigkeit:	16,6 Prozent	13,6 Prozent	14,4 Prozent
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit:	18,9 Prozent	15,6 Prozent	15,9 Prozent
BIP-pro-Kopf:	31 300 Euro	34 000 Euro	35 600 Euro
Wirtschaftswachstum:	1,8 Prozent	0,8 Prozent	1 Prozent

Platzierung im Ranking 2005



Die Ergebnisse im Überblick

- Im Erfolgsindex fällt Bremen im aktuellen Beobachtungszeitraum 2002–2004 erstmals seit der Wiedervereinigung aus dem Spitzenquintett heraus. Auch die Aktivitäten des Landes auf den politischen Schlüsselfeldern sind die schwächsten aller westdeutschen Bundesländer, im Aktivitätsindex erreicht das Zwei-Städte-Land nur den 11. Rang.
- Die Schuldenlast pro Einwohner erreicht Ende 2005 ca. 20 000 Euro. Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik drückte die Bürger eines Landes eine derart hohe öffentliche Verschuldung. Im laufenden Jahr nimmt Bremen ca. 2,8 Mrd. Euro ein und gibt ca. 3,8 Mrd. Euro aus. Gelingt es nicht, die Haushaltsschieflage in den Griff zu bekommen, steht die Existenz des kleinsten deutschen Bundeslandes auf dem Spiel.
- Der Hansestadt bleibt keine Wahl, als fast überall den Rotstift anzusetzen. Sicherlich nicht mehr leisten kann Bremen sich den höchsten Anteil öffentlicher Beschäftigung, ebenso wird man im Sozialetat um tiefe Einschnitte nicht herkommen. Auch die Investitionsausgaben erscheinen unverhältnismäßig hoch. Die Haushaltskrise bietet Bremen die Chance, sich auf staatliche Kernaufgaben zu beschränken und vor allem als Land nicht mehr unternehmerisch tätig zu sein.
- Die Hochschullandschaft Bremens ist ein Positivfaktor.

Die Ergebnisse im Einzelnen

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2002–2004	Veränderung
Erfolgs- index	Platz 5 (6,57)	Platz 6 (6,36)	
Zielgrößenbereiche			
Einkommen	Platz 5 (6,46)	Platz 4 (6,12)	
Beschäftigung	Platz 4 (7,77)	Platz 4 (7,80)	
Sicherheit	Platz 16 (2,22)	Platz 16 (1,56)	

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2001–2003	Veränderung
Aktivitäts- index	Platz 11 (4,77)	Platz 11 (4,77)	
Aktivitätsbereiche			
Einkommen	Platz 10 (5,29)	Platz 10 (5,02)	
Beschäftigung	Platz 14 (4,41)	Platz 12 (4,66)	
Sicherheit	Platz 15 (4,08)	Platz 15 (4,16)	

Ausgangssituation

Der Bremer Roland verkörpert seit über 600 Jahren Bremens Selbstbehauptungswillen. Das Bewusstsein der Selbstständigkeit und das Streben danach sind tief im Lebensgefühl der Bremer verankert. Die Freie Hansestadt mag auf Außenstehende selbstsicher, unbekümmert und von ihrer Rolle im föderalen Gefüge der Bundesrepublik überzeugt erscheinen. Tatsächlich konnte das kleinste Bundesland zuletzt immer wieder positiv von sich reden machen: 2002 fand in der Bremer Kunsthalle mit der Van Gogh-Ausstellung die nach der Kasseler »documenta« erfolgreichste Kunstschau statt. 2004 wurden Rathaus und Roland zum UNESCO-Weltkulturerbe der Menschheit erhoben, und 2005 trägt Bremen den erstmals ausgelobten Titel »Stadt der Wissenschaft«, während renommierte und altherwürdige Universitätsstädte das Nachsehen hatten. Für die Attraktivität des Landes spricht, dass anders als in anderen Großstädten der Bevölkerungsrückgang gestoppt werden konnte. Man mag den Eindruck gewinnen, dass Bremen blüht und fest auf eigenen Füßen steht, seiner Selbstständigkeit sicher.

Dennoch erscheint die scheinbar starke Position gefährdet: Im Erfolgsindex fällt das Zwei-Städte-Land im aktuellen Beobachtungszeitraum 2002–2004 erstmals seit der Wiedervereinigung aus dem Spitzenquintett heraus. Auch die Tendenz innerhalb des Zeitraumes 2002–2004 ist abwärts gerichtet. Dieser negative Trend deckt sich mit der Beobachtung, dass die Aktivitäten des Landes auf den politischen Schlüsselfeldern nach wie vor mit Abstand die schwächsten aller westdeutschen Bundesländer sind (nur 4,77 Punkte im Aktivitätsindex).

Erstmals seit Mitte der 90er Jahre tut sich wieder eine mehrjährige Wachstumslücke zum bundesdeutschen Durchschnitt auf. Wirklich bedroht ist Bremens Selbstständigkeit jedoch durch die katastrophale Haushaltslage.

Bremer
Selbstbehauptungswille

Erstmals nicht mehr
im Spitzenquintett

Katastrophale
Haushaltslage

Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik drückte die Bürger eines Landes bezogen auf die Einwohnerzahl eine derart hohe öffentliche Verschuldung. Alle politischen Maßnahmen müssen daher den Sparzwang berücksichtigen. Jeder Haushaltsposten muss durchschnittlich um über ein Viertel zusammengestrichen werden, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und die horrenden Schuldenlast abtragen zu können.

Einkommen

Öffentliche Armut und privater Reichtum

Im Gegensatz zur öffentlichen Armut steht der private Reichtum: Bremen gehört nach EU-Berechnungen zu den reichsten Regionen des Kontinents. Im Zielgrößenbereich »Einkommen« fällt Bremen mit nun 6,12 Punkten um einen auf den 4. Platz zurück. Auch innerhalb des Beobachtungszeitraumes weist der Trend abwärts, gerade das Jahr 2004 war ein schwaches. Und dies, obwohl der Bremer Senat über hohe Investitionsausgaben zusätzliche Nachfrage schuf. In den kommenden Jahren wird die Konjunktur dadurch belastet werden, dass Bremen seiner hohen Verschuldung Tribut zollen und seine Investitionstätigkeit beschränken muss.

Nicht als Ersatz-
unternehmer auftreten

Staatliche Aufgabe kann es lediglich sein, Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivität zu setzen. Die knappen finanziellen Mittel sollten dort zuallererst eingespart werden, wo die Landesregierung selbst als wirtschaftlicher Akteur am Markt auftritt. Entweder sind Unternehmen und Projekte wirtschaftlich, dann wird der Staat nicht gebraucht, oder sie sind nicht wirtschaftlich, dann sollten von öffentlicher Seite Pläne und Präferenzen der Beteiligten nicht dergestalt verzerrt werden, dass Ressourcen in unwirtschaftlicher Weise eingesetzt werden. Es stellt einen ordnungspolitischen Sündenfall dar, wenn das Land Steuergelder für Projekte wie den »Space Park« einsetzt. Als dieser reichlich überdimensionierte Freizeitpark im vergangenen Jahr nach nur sieben Monaten geschlossen wurde, war der Schuldenberg des Landes wieder ein Stück gewachsen. Der Bau eines Musical-Theaters ist ein weiteres Beispiel. Der Bremer Senat sollte es auch dem Urteil des Marktes überlassen, ob es wirtschaftlich ist, Liquiditätsengpässe wie die der Schichau Seebeck Werft zu überbrücken. Die diskutierte Darlehensvergabe läuft in die falsche Richtung.

Entbürokratisierung
lobenswert

Statt Marktergebnisse durch teure Interventionen zu verzerren, sollte der Senat seine vorhandenen Anstrengungen intensivieren, die Kräfte des Marktes und wirtschaftliche Aktivität frei zur Entfaltung kommen zu lassen, etwa durch Deregulierung und Bürokratieabbau. Lobenswerte Ansätze sind die Beweislastumkehr bei der Frage, ob ein Gesetz wirklich sinnvoll ist und daher bestehen bleiben kann, ebenso die Befristung von Landesgesetzen auf fünf Jahre, außerdem die automatische Erteilung von Baugenehmigungen, sofern die Baubehörde nicht binnen acht Wochen Stellung nimmt.

Gerade der Mittelstand ist gefährdet, sich im Bürokratiedickicht zu verfangen, und so zählt dessen Lichtung zu den geeigneten Mitteln, der schwachen Selbstständigenquote beizukommen (nur 1,00 Punkte für die geringste »Selbstständigenquote ohne primären Sektor«, ganz im Gegensatz zu den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, die hier Spitzenplätze belegen).

Mittelstand schwach

Positiv hervorzuheben ist die Rolle, die Bremens Hochschulen spielen: Trotz sparsamen Mitteleinsatzes (3,52 Punkte für die geringsten Ausgaben für Hochschulen unter den alten Bundesländern) gelingt es, viele Studenten zu betreuen (10,00 Punkte für die höchste Studienanfängerquote). Wie nebenbei wirbt die Uni Bremen viele Drittmittel ein, was als Indikator für die Güte der Forschung dienen mag. Darüber hinaus wirken die vier Hochschulen in Bremen und Bremerhaven als Kristallisationspunkte für technologieorientierte Firmengründungen, und ein Technologietransfer in die Unternehmenslandschaft scheint stattzufinden: Für Bremen als »Stadt der Wissenschaft 2005« gab den Ausschlag, dass die Juroren ein enges Zusammenwirken von hochkarätiger Wissenschaft und potenter Wirtschaft, insbesondere in den Bereichen Raumfahrt, Meerestechnologie und Werften sowie Verpackungsindustrie, beobachteten. Mit der Auszeichnung verknüpft ist ein Reigen von 100 Veranstaltungen, die Wissenschaft soll aus dem Elfenbeinturm herausgeholt werden, und 15 Wissenschafts-Container reisen durch das Land. Diese Attraktionen mögen neben der positiven Ausstrahlung Bremens dazu beitragen, ein noch ungenügend genutztes Potenzial besser auszuschöpfen: den Fremdenverkehr (1,00 Punkte für die niedrigste Fremdenverkehrsquote).

Hochschullandschaft
als Positivfaktor

Beschäftigung

Im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« liegt Bremen mit 7,80 Punkten weiterhin auf dem 4. Rang. Einerseits erreicht Bremen die Top-Punktzahl 10,00 für die höchste Erwerbstätigenquote aller Bundesländer. Etwa 160 000 Ependler profitieren davon, dass Bremen zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Fast jeder Zweite, der in Bremen arbeitet, wohnt in Niedersachsen.

Höchste Erwerbs-
tätigenquote, ...

Andererseits tun sich viele Bremer schwer, eine Beschäftigung aufzunehmen: Die Arbeitslosenquote (offen und in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik versteckt) betrug im aktuellen Beobachtungszeitraum durchschnittlich 16,0 Prozent und war damit die mit Abstand höchste aller westdeutschen Bundesländer. Selbst dieser hohe Wert reflektiert jedoch offenbar nicht das wahre Ausmaß der Unterbeschäftigung: Im Januar 2005, mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II, stieg die Arbeitslosenquote weit mehr als in jedem anderen Bundesland an. Im April 2005 lag die offen ausgewiesene Arbeitslosenquote mit 17,3 Prozent fast auf dem Niveau Thü-

... aber Rekord-
arbeitslosigkeit

ringens (17,9 Prozent). Damit nähern sich erstmals die Arbeitslosenzahlen eines alten Bundeslandes denen eines neuen Bundeslandes.

Leistungsschwache
Schüler ...

Da in Bremen besonders viele Arbeitsplätze vorhanden, gleichzeitig jedoch besonders viele Bremer arbeitslos sind, scheinen Qualifikationsanforderungen und Qualifikationsprofile arbeitssuchender Bremer häufig nicht kompatibel zu sein. Denn sowohl die PISA-Studie für 15-Jährige als auch die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) förderten zutage, dass Bremens Schüler im Durchschnitt zu den schwächsten in Deutschland zählen.

... trotz formal hohem
Qualifikationsniveau

Wenn die tatsächlich erworbenen Qualifikationen den Anforderungen der Arbeitswelt nicht genügen, hilft es auch wenig, dass Sprösslinge der Hansestadt überdurchschnittlich häufig rein formal ein hohes Bildungsniveau erreichen (7,89 Punkte für einen niedrigen Anteil an Absolventen ohne Hauptschulabschluss; 6,94 Punkte für einen hohen Anteil von Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife). Dadurch, dass relativ viele Bremer Schüler in bildungsfernen Milieus aufwachsen, ergibt sich ein besonderer Betreuungsbedarf.

»Schüler-je-Lehrer-
Relation« schlecht

Kritisch ist daher zu sehen, dass sich die »Schüler-je-Lehrer-Relation« an der Weser ein weiteres Mal deutlich verschlechtert (nur noch 3,07 Punkte). Sie fällt nun deutlich ungünstiger aus als in den beiden übrigen Stadtstaaten, die vergleichbare Sozialstrukturen aufweisen. Die dringend erforderlichen Sparmaßnahmen sollten Bremens Schullandschaft zuletzt treffen. Außerdem sollten die eingeleiteten Maßnahmen der Leistungskontrolle und Qualitätssicherung an Bremens Schulen konsequent verfolgt werden. Darüber hinaus kann es nicht schaden, auf Konzepte von Ländern zu blicken, die in Leistungsvergleichen besser abschneiden, etwa Bayern und Baden-Württemberg.

8,5 Mrd. Euro
Entschuldungshilfen
seit 1994

Leider holen die finanziellen Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre die Hansestadt in allen Politikfeldern ein und begrenzen den Handlungsspielraum massiv. Ärgerlich für Bremen und die verbleibenden politischen Perspektiven ist, dass das proklamierte Ziel der Entschuldung verfehlt wurde. Anfang der 90er Jahre berief sich Bremen auf eine extreme Haushaltsnotlage, um vor dem Bundesverfassungsgericht Entschuldungshilfen einzuklagen, und tatsächlich flossen diese von 1994 bis 2004 an die Weser. Man sollte vermuten, dass ein Land, das sich selbst in einer extremen Haushaltsnotlage sieht, alle nur erdenklichen Sparanstrengungen unternimmt. Doch die Dokumentation »Bund/Länder-Finanzbeziehungen auf der Grundlage der geltenden Finanzverfassung« des Bundesministeriums der Finanzen aus dem Oktober 2004 belegt: Genau das Gegenteil war der Fall.

Kontinuierliche
Ausgaben-
steigerungen ...

Nur Bremen erhöhte vom Zeitpunkt des Urteils (1992) bis 2002, dem letzten Jahr, für das Daten angegeben werden, Jahr für Jahr seine Pro-Kopf-Ausgaben. Im Jahr 2002 gab Bremen bezogen auf die Einwohnerzahl mit Abstand am meisten aus. Selbst dann, wenn man die Zinszahlungen der

Länder unberücksichtigt lässt, ist Bremen immer noch das Bundesland mit den weitaus höchsten Pro-Kopf-Ausgaben.

Die Ausgabenfreude erklärt auch diesen scheinbaren Widerspruch: 1994 drückte Bremen eine Schuldenlast von ca. 8,5 Mrd. Euro. Ziemlich genau diese Summe floss zwischen 1994 und 2004 an die Weser. Der Schuldenberg heute: ca. 12,5 Mrd. Euro. Zu keinem Zeitpunkt, in dem die »Entschuldungshilfen« gewährt wurden, fand eine Entschuldung tatsächlich statt: Zwischen 1994 und 2001 hielt man an der Weser die Verschuldung stets in einem relativ engen Band zwischen 8,1 und 8,9 Mrd. Euro, ab 2002 stieg sie drastisch an. Ende des Jahres 2005, nach abgeschlossener »Entschuldung« durch den Bund, wird die schwindelerregende Marke von 20 000 Euro Schulden pro Einwohner des Landes überschritten werden: die höchste Schuldenlast, die je in der Geschichte der Bundesrepublik die Bewohner eines Landes drückte (je 1,00 Punkte für höchste Pro-Kopf-Verschuldung, höchste Zinslastquote und höchste vom Bund empfangene Leistungen). Bremens Landesrechnungshof befürchtet, dass selbst mit den 20 000 Euro pro Einwohner das wahre Ausmaß der Verbindlichkeiten nur unzureichend wiedergegeben wird. Nicht inbegriffen seien die rasch steigenden Pensionslasten sowie Risiken aus Neben- und Schattenhaushalten, wie etwa die aufgenommenen Kredite der Beteiligungsgesellschaften, für die Bremen gebürgt habe.

... lassen Schuldenberg
anwachsen

Das Argument, mit dem die steigenden Ausgaben gerechtfertigt wurden, lautet: Mit Investitionen müssten die Grundlagen für wirtschaftliche Aktivität und damit für sprudelnde Steuerquellen geschaffen werden. Dieses Ziel wurde klar verfehlt. Nur in einem einzigen Bundesland lagen die Steuereinnahmen im Jahr 2002 bezogen auf die Einwohnerzahl niedriger als 1992: in Bremen. Einmalige Kontinuität im Ausgabenanstieg einerseits und einmaliger Rückgang der Steuereinnahmen andererseits führten dazu, dass das strukturelle Defizit immer weiter anstieg, kaschiert lediglich durch die bis 2004 laufenden Entschuldungszahlungen des Bundes.

Ungünstigste
Entwicklung der
Steuereinnahmen

2005 stehen dem Land ca. 2,8 Mrd. Euro an Einnahmen zur Verfügung. Die Ausgaben hingegen liegen um ein volles Drittel höher, bei 3,8 Mrd. Euro. Die knappe Milliarde, die Bremen in den vergangenen Jahren durchschnittlich an »Entschuldungshilfen« erhielt, jedoch zusätzlich ausgab, fehlt nun im Etat. In keinem anderen Bundesland liegt die Defizitquote so hoch wie in Bremen, nicht einmal im wirtschaftlich gebeutelten Berlin.

Ein Drittel mehr
Ausgaben als Einnahmen

Dabei profitiert Bremen gegenwärtig noch von einem vergleichsweise niedrigen Zinssatz. Wenn das Zinsniveau allgemein ansteigt und Bremen zusätzlich angesichts einer eventuell drohenden Insolvenz auch noch einen Risikoaufschlag zahlen muss, ist vorstellbar, dass bei drei Mrd. Euro Einnahmen sich allein die Zinszahlungen auf eine Milliarde Euro belaufen. Der opulente öffentliche Dienst (in keinem anderen Bundesland ist der Anteil der öffentlichen Beschäftigung so hoch wie in Bremen: 1,82 Punkte) belastet den Haushalt nicht nur gegenwärtig schwer, über 1,3 Mrd. Euro fallen jähr-

Erdrückende
Zinszahlungen und
Personalkosten

lich an Personalkosten an. Zusätzlich rollt auch eine Pensionslawine auf das Zwei-Städte-Land zu, die Zahl ehemaliger Landesbediensteter im Ruhestand wird deutlich ansteigen. Bereits gegenwärtig muss das Land rund zwei Drittel seiner Einnahmen für Zinszahlungen und Personal aufwenden. Es ist absehbar, dass allein diese beiden Ausgabenposten die Einnahmen des Landes übersteigen werden, wenn die Einnahmenstruktur ähnlich bleibt und kein radikaler Kurswechsel erfolgt. Im laufenden Jahr wurden einige Sparmaßnahmen beschlossen. Einsparungen von je ca. 100 Mio. Euro bei Investitionen und laufenden Ausgaben bis 2009 sind ein Anfang. Angesichts eines jährlichen Fehlbetrages von ca. einer Milliarde Euro müssen die Ausgaben jedoch um ein Vielfaches verringert werden.

Streitfrage
Steuerzerlegung

Bremen führt an, die Zerlegung der Lohn- und Einkommensteuer zwischen Wohn- und Arbeitsort benachteilige Stadtstaaten. Außerdem beruft man sich auf die Zusage des Bundeskanzlers, für Mindereinnahmen entschädigt zu werden, welche Bremen sich mit seiner Zustimmung zur Steuerreform des Jahres 2000 eingehandelt habe. Die Bundesregierung hingegen lehnte die Zahlung der von Bremen geforderten 500 Mio. Euro jährlich ab, da die Steuerreform für die Hansestadt keine Mindereinnahmen gebracht hätte. Wie auch immer in diesen Streitfragen entschieden werden mag: Massiver Konsolidierungsbedarf besteht in jedem Fall. Hamburgs Ausgabenvolumen zeigt, dass auch Stadtstaaten bezogen auf die Einwohnerzahl mit deutlich weniger auskommen können. 2005 wird Hamburg zu den Ländern gehören, die eine vergleichsweise geringe Defizitquote vorweisen und einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen können. Wenn der Regierende Bürgermeister, Henning Scherf, in seiner Regierungserklärung vom 9. Juli 2003 äußert: »Unsere Selbstständigkeit bedeutet auch mehr Geld für Bremen, Bremerhaven und die ganze Region«, so fühlt man sich an der Weser finanziell möglicherweise doch nicht zu sehr benachteiligt.

Sparbedarf bei
konsumtiven Ausgaben

Den Verlust jeglicher Handlungsfähigkeit und eine evtl. drohende Zahlungsunfähigkeit vor Augen, sollte der bisherige Ausgaben-Spitzenreiter zu drastischen Kürzungen bereit sein. Den höchsten Anteil öffentlicher Beschäftigung kann sich das Zwei-Städte-Land keinesfalls weiterhin leisten. In keinem anderen Bundesland ist dieser Beschäftigungsanteil seit Mitte der 90er Jahre angestiegen, in den übrigen beiden Stadtstaaten ist er jeweils um ein Drittel gesunken. Diese bisher verpasste Verschlankung muss an der Weser nun schleunigst nachgeholt werden. Zusätzlich erfordert es die finanzielle Situation, bei Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst anderen Ländern voranzuschreiten. In die richtige Richtung weist, dass die Ausgaben des Landes für aktive Arbeitsmarktpolitik zurückgehen. Im konsumtiven Bereich muss generell der Rotstift angesetzt werden, mehr noch als bei zukunftsorientierten Ausgaben. Alle Sozialleistungen des Landes sollten auf den Prüfstand gestellt werden. Schließlich wäre es am unsozialsten, wenn weiterhin so viel ausgegeben wird wie bisher. Schlimmstenfalls könnten Hilfsbedürf-

tige zukünftig dann überhaupt keine Unterstützung seitens des Landes mehr erhalten, das Land könnte nicht einmal mehr Pensionsansprüchen nachkommen.

Bremens Investitionsausgaben sind bezogen auf die Einwohnerzahl höher als in jedem anderen Bundesland. 2002 lagen sie mit 1130 Euro je Einwohner doppelt so hoch wie in den übrigen Stadtstaaten und alten Bundesländern allgemein, auch wenn man die Kommunalhaushalte der Flächenländer mit berücksichtigt. Hätte sich Bremen 2002 mit um 500 Euro geringeren Pro-Kopf-Investitionsausgaben begnügt, so hätte es damit noch immer über dem Niveau der anderen beiden Stadtstaaten gelegen. Dennoch wäre das Defizit um 330 Mio. Euro geringer ausgefallen und nicht einmal mehr halb so hoch gewesen. Mit Blick auf die unterdurchschnittliche Entwicklung der Steuereinnahmen muss man konstatieren, dass die hohen Investitionsausgaben summa summarum das Ziel verfehlt haben, die Steuerquellen des Landes kräftig sprudeln zu lassen.

Investitionsausgaben
unverhältnismäßig hoch

Selbst dann, wenn es einem Bundesland gelingt, über zusätzliche Ausgaben die Wirtschaftskraft nachhaltig zu stärken, wird dies zwar für die Bewohner dieses Landes positiv sein, weil sich ihre Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven verbessern. Als Strategie, die Einnahmenseite des Landeshaushaltes zu verbessern, eignen sich Investitionsprogramme jedoch nur bedingt: Durch den Länderfinanzausgleich werden zusätzliche Einnahmen größtenteils abgeschöpft. Diese schädliche Anreizwirkung des Länderfinanzausgleichs ist sicherlich zu kritisieren, für Bremen aber lautet die Konsequenz: Die exorbitanten Investitionsausgaben waren nicht geeignet, den Haushalt des Landes zu konsolidieren. Um eine existenzbedrohende Haushaltsnotlage des Landes zu vermeiden, spricht einiges dafür, die Investitionsausgaben zumindest bis auf das Durchschnittsniveau der übrigen Länder abzusenken.

Sicherheit

Der Zielgrößenbereich »Sicherheit« ist Bremens besondere Achillesferse: Obwohl bereits im vergangenen Beobachtungszeitraum Schlusslicht, verliert die Hansestadt stärker als alle anderen Bundesländer und ist nun mit 1,83 Punkten abgeschlagen Letzter. Ungünstige Sozialstrukturen tragen zu den Sicherheitsproblemen bei. Im Aktivitätsbereich »Sicherheit« liegt das Land mit 4,16 Punkten auf dem vorletzten Platz. Nach wie vor ist Bremens Sozialhilfeempfängeranteil mit über neun Prozent der mit Abstand höchste (1,00 Punkte). Besonders bedrückend sind die Sozialhilfeempfängerzahlen in der Seestadt Bremerhaven. Für die Verschlechterung verantwortlich ist jedoch, dass die Zahl nicht aufgeklärter Straftaten stärker als in jedem anderen Bundesland angestiegen ist (zuletzt jährlich acht je 100 Einwohner). Die Aufklä-

Achillesferse Sicherheit

Drogenszene mit
erschreckenden
Auswirkungen

rungsquote von knapp 44 Prozent war im Jahr 2003 gemeinsam mit Hamburg die niedrigste aller Bundesländer.

Erschreckend sind vor allem die Auswirkungen der Drogenszene: Im Jahr 2003 wurden in Bremen 70 Drogentote gezählt, die dreieinhalbfache Zahl der Verkehrsofoper. Bezogen auf die Bevölkerung ist die Zahl der Drogentoten in Bremen mit Abstand am höchsten, mehr als doppelt so hoch wie im zweit-schlechtesten Bundesland und etwa sechsmal so hoch wie im Durchschnitt der Bundesländer. Zumindest sollte noch einmal überdacht werden, ob es sich das Land angesichts der vielen Drogenopfer leisten kann, die zur Verfügung stehenden Mittel weniger auszuschöpfen als andere Länder. Bremen könnte versuchen, von Hamburg zu lernen. An der Elbe ist es gelungen, die offene Drogenszene aufzulösen. Die Zahl der Drogentoten in Hamburg sinkt beständig und liegt heute niedriger als im viel kleineren Bremen. In die richtige Richtung gehen sicherlich die Ziele des Bremer Senats, die sichtbare Präsenz der Polizei auf der Straße zu stärken und straffällige Jugendliche so rasch wie möglich Konsequenzen spüren zu lassen. Und wenn es gelingt, mit dem Qualifikationsniveau die Lebensperspektiven zu verbessern, so wirkt sich dies ebenfalls positiv auf die Sicherheitslage aus.

Einschätzung

Haushaltssituatioun
bedroht Existenz ...

Die alles entscheidende Aufgabe besteht für das Land Bremen darin, seine desaströse Haushaltslage in den Griff zu bekommen. Auf mehr als eine angemessene Steueraufteilung, falls die gegenwärtige tatsächlich als Benachteiligung der Stadtstaaten eingestuft werden sollte, kann Bremen nicht hoffen, unabhängig von der Haushaltslage der Hansestadt. Erneute Entschuldungszahlungen wären aus Anreizgesichtspunkten ein verheerendes Signal an die übrigen Länder und Gebietskörperschaften, von denen die meisten ebenfalls mit einer schwierigen finanziellen Lage zu kämpfen haben. Außerdem würde es unweigerlich die Frage nach Bremens Selbstständigkeit aufwerfen, wenn mit dem Ersuchen um weitere Unterstützungszahlungen sich der Eindruck verfestigte, Bremen sei so nicht überlebensfähig. Jetzt, nach Auslaufen der Entschuldungszahlungen, sollte man in Bremen tief Luft holen und sich bewusst sein: von nun an selbstständig mit allen Konsequenzen, Handlungsfreiheit um den Preis der vollständigen Haftung für getroffene Entscheidungen, Ausgaben und Schulden.

... und erfordert
schnelles Handeln

Bei den Konsolidierungsbemühungen gilt es, rasch und entschlossen zu handeln: Zwei gewichtige Haushaltsposten, die Pensionskosten und Zinszahlungen, kann der Senat dann, wenn sie anfallen, nicht mehr beeinflussen. Dem Land drohen die vollständige Handlungsunfähigkeit und das Ende der Selbstständigkeit, wenn man nicht rasch zu drastischen Sparmaßnahmen bereit ist. Sicherlich nicht mehr leisten kann Bremen sich Investitions-

ausgaben, die doppelt so hoch wie in vergleichbaren Ländern liegen, ebenso wenig den höchsten Anteil öffentlicher Beschäftigung.

Eine weitreichende Kooperation mit Niedersachsen bietet sich an, nicht nur, weil Bremen eng mit seinem Umland verflochten ist. Die Zusammenlegung der Statistischen Landesämter kann nur ein erster Schritt sein, durch Synergien Einspareffekte in den Verwaltungsapparaten zu erzielen. Auch im Sozialetat wird man um tiefe Einschnitte nicht herumkommen. Die Haushaltskrise als Anlass bietet die Chance, sich auf staatliche Kernaufgaben zu beschränken und insbesondere als Land nicht mehr unternehmerisch tätig zu sein. Seit 600 Jahren hätten sich die Bremer ihre Unabhängigkeit erarbeitet und die jeweiligen Anforderungen gemeistert, so Scherf. Die besondere Aufgabe der gegenwärtigen Generation besteht darin, die Haushaltskrise zu bewältigen, damit auch weiterhin der Bremer Roland für Bremens Selbstständigkeit stehen kann.

Einsparpotenziale nutzen

